

Betreff: Ja zur Tabaksteuererhöhung
Datum: Dienstag, 23. Juni 2026 12:44:50
Anlagen: [PB_2026_Preiserhöhungen-für-Tabakerzeugnisse-und-E-Zigaretten.pdf](#)

Sehr geehrte Frau Bundestagsabgeordnete,

die Bundesregierung hat sich mit dem Eckwertebeschluss vom 29. April 2026 auf eine Anpassung der Tabaksteuer verständigt. **Preiserhöhungen für Tabakerzeugnisse und E-Zigaretten sind die wirksamste Maßnahme, um den Tabakkonsum zu verringern und Minderjährige vom Einstieg abzuhalten.**

Im Sinne des Jugendschutzes schließt sich die *Initiative Kinder ohne Alkohol und Nikotin* den Handlungsempfehlungen des Deutschen Krebsforschungszentrums an. **Wir bitten Sie ausdrücklich, sich für höhere Tabakpreise in Deutschland einzusetzen.**

Dafür braucht es:

- **Jährliche Steuererhöhungen** auf Tabakerzeugnisse und verwandte Erzeugnisse um 10 Prozent über 10 Jahre hinweg.
- **Regelmäßige Anpassung der Tabaksteuern** an Inflation und Einkommenssteigerungen, um die Erschwinglichkeit der Produkte zu verringern.
- **Gleiche Besteuerung aller Tabakprodukte**, um Ausweicheffekte zu vermeiden.
- **Einführung einer Herstellerabgabe** auf Tabakerzeugnisse und verwandte Erzeugnisse, die für Präventionsmaßnahmen verwendet wird.

Um derartige Regelungen zu verhindern, verweisen Tabakunternehmen häufig auf den illegalen Handel, der durch eine Erhöhung von Tabaksteuern befördert würde. Dieses Argument greift jedoch zu kurz: Dass Tabaksteuern umgangen werden können, ist kein Grund, auf sie zu verzichten.

Wer Entscheidungen in der Tabakpolitik trifft, sollte nicht nur auf die Stimmen der Industrie hören, sondern vor allem auf die Mehrheit der Menschen in Deutschland. **66 Prozent der Bevölkerung unterstützen regelmäßige Tabaksteuererhöhungen. 73 Prozent der Bevölkerung unterstützen eine Herstellerabgabe** auf Tabakprodukte und E-Zigaretten, die gezielt für Präventionsmaßnahmen genutzt werden kann. Das zeigt [eine Umfrage](#), die vom Deutschen Krebsforschungszentrum in Auftrag gegeben wurde.

Für Fragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.



Mit freundlichen Grüßen

Koordination
Kinder ohne Alkohol & Nikotin
koordination@kinder-ohne-alkohol-und-nikotin.de
kinder-ohne-alkohol-und-nikotin.de



KINDER
OHNE
ALKOHOL
& NIKOTIN

Preiserhöhungen für Tabakerzeugnisse und E-Zigaretten: Wirksame Maßnahme mit hoher Zustimmung der Bevölkerung

- Preiserhöhungen für Tabakerzeugnisse und E-Zigaretten sind die wirksamste Maßnahme, um den Tabakkonsum zu verringern und vom Einstieg abzuhalten.
- 66 Prozent der Bevölkerung unterstützen regelmäßige Tabaksteuererhöhungen. **66 %**

- 73 Prozent der Bevölkerung unterstützen eine Herstellerabgabe auf Tabakprodukte und E-Zigaretten, die gezielt für Präventionsmaßnahmen genutzt werden kann. **73 %**

- Preiserhöhungen auf Tabakerzeugnisse und verwandte Erzeugnisse erhöhen die Staatseinnahmen und senken langfristig die Folgekosten des Konsums.

Das Wichtigste in Kürze

Tabaksteuererhöhungen sind die wirksamste und eine kosteneffektive Maßnahme

Handlungsempfehlungen

- ▶ Jährliche Steuererhöhungen auf Tabakerzeugnisse und verwandte Erzeugnisse um 10 Prozent über 10 Jahre hinweg
- ▶ Regelmäßige Anpassung der Tabaksteuern an Inflation und Einkommenssteigerungen, um die Erschwinglichkeit der Produkte zu verringern^{1,8}
- ▶ Gleiche Besteuerung aller Tabakprodukte, um Ausweicheffekte zu vermeiden^{1,8}
- ▶ Einführung einer Herstellerabgabe auf Tabakerzeugnisse und verwandte Erzeugnisse, die für Präventionsmaßnahmen verwendet wird

zur Senkung des Tabakkonsums.⁸ Höhere Tabaksteuern retten Leben und erhöhen die Staatseinnahmen.⁷ Eine vom Hersteller zu entrichtende Abgabe auf Tabakerzeugnisse und verwandte Erzeugnisse kann zusätzliche Einnahmen generieren, die direkt für Präventionsmaßnahmen eingesetzt werden können. Dies trägt zu einer Reduzierung der Folgekosten des Tabakkonsums bei und entlastet in der Folge das Gesundheitssystem. Einer aktuellen Umfrage des Deutschen Krebsforschungszentrums (DKFZ) zufolge finden beide Maßnahmen in der Bevölkerung eine sehr hohe Unterstützung.

Kontakt für weitere Informationen

Prof. Dr. Ute Mons
Telefon: 06221 42 30 10
E-Mail: who-cc@dkfz.de

Deutsches Krebsforschungszentrum (DKFZ)

5 Gründe für Tabaksteuererhöhungen und die Einführung einer Präventionsabgabe

1 Hohe Zustimmung in der Bevölkerung

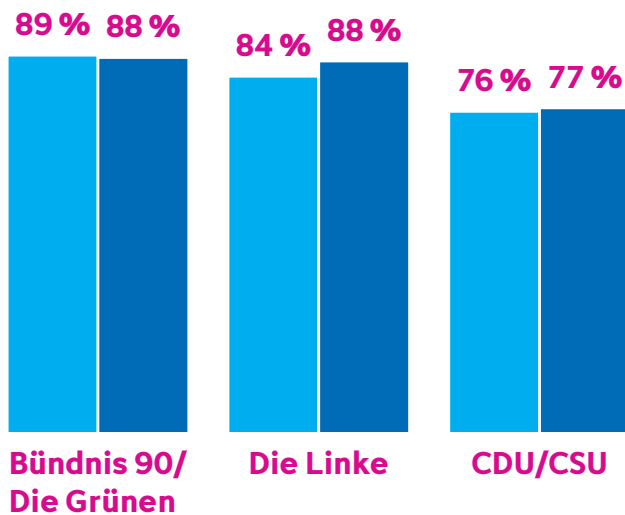
Eine vom DKFZ beauftragte Umfrage zeigt, dass 66 Prozent der Befragten regelmäßige Tabaksteuererhöhungen unterstützen. Eine von den Herstellern zu entrichtende Präventionsabgabe auf Tabakerzeugnisse und E-Zigaretten findet mit 73 Prozent noch größere Zustimmung. Beide Maßnahmen haben bei potenziellen Wählenden aller im Bundestag vertretenen Parteien – mit Ausnahme der AfD – hohe Zustimmungswerte von 70 bis fast 90 Prozent (Abbildung 1).

Abbildung 1
Zustimmung der Bevölkerung zu Tabaksteuererhöhungen und zu einer Präventionsabgabe auf Tabakprodukte und E-Zigaretten im Jahr 2025 nach Parteipräferenz. Die Auswertung nach Parteipräferenz berücksichtigt nur wahlberechtigtes Befragte.

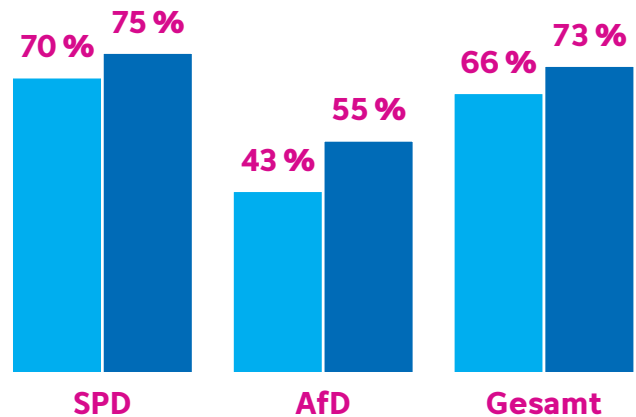
Methodik der Umfrage

Die Umfrage zur Einstellung der Bevölkerung in Deutschland gegenüber Tabaksteuererhöhungen und einer Präventionsabgabe wurden vom Deutschen Krebsforschungszentrum in Auftrag gegeben und im Oktober 2025 von Kantar durchgeführt. Befragt wurden rund 1000 Personen im Alter ab 14 Jahren. Die Parteipräferenz wurde mit der Frage, welche Partei die Befragten wählen würden, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre, erfasst. Um eine Repräsentativität zu gewährleisten, wurden die Daten nach Kriterien wie Alter und Geschlecht gewichtet. Die dargestellten Prozentzahlen beziehen sich nur auf Personen, die nicht mit „weiß nicht“ oder „keine Angabe“ geantwortet haben.

Tabaksteuererhöhungen



Präventionsabgabe



Eine Abgabe, die für Präventionsmaßnahmen genutzt würde, befürwortet auch fast die Hälfte derjenigen, die rauchen oder Tabakerhitzer oder E-Zigaretten verwenden – also derjenigen, die von der zu erwartenden Preiserhöhung direkt betroffen wären. Bei der großen Mehrheit der Befragten, den Nicht-Konsumierenden, unterstützt eine überwältigende Mehrheit von 81 Prozent eine Präventionsabgabe.

2 Preiserhöhungen sind die wirksamste Maßnahme, um zum Nichtrauchen zu motivieren

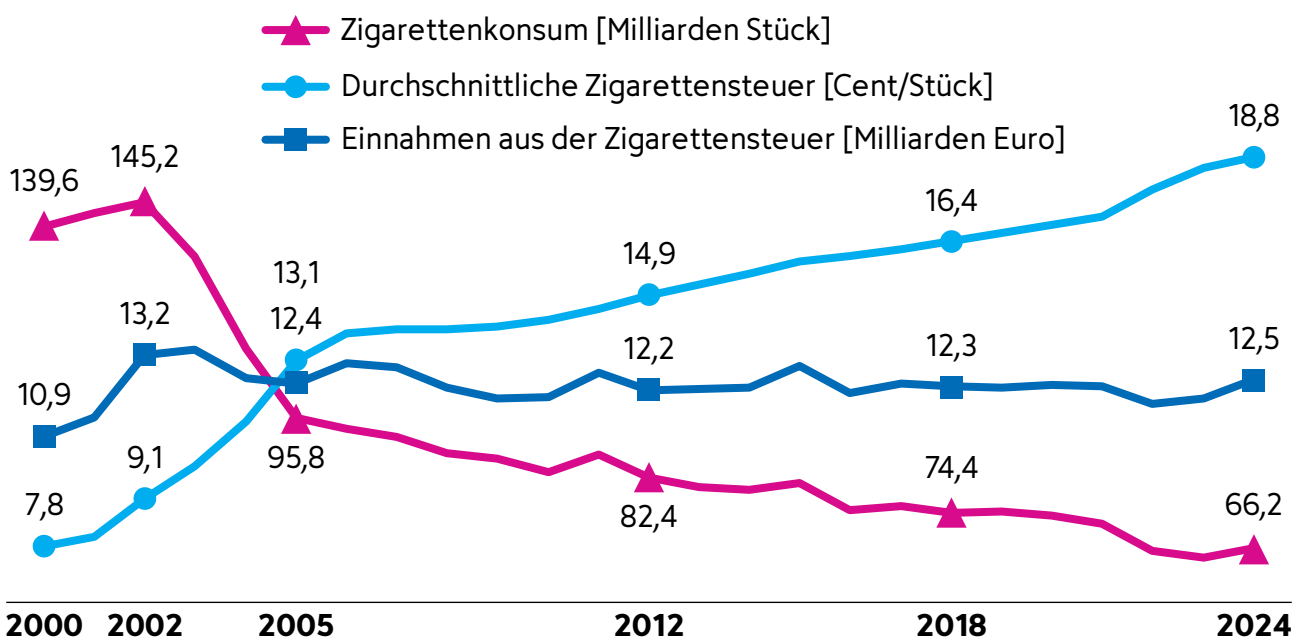
Eine Preiserhöhung für Zigaretten um zehn Prozent führt in Industrieländern unter Erwachsenen zu einer durchschnittlichen Verringerung des Zigarettenkonsums um fünf Prozent und bei Jugendlichen, die besonders preisempfindlich sind, sogar um bis zu 13 Prozent.^{2,9} Tabaksteuererhöhungen reduzieren bei rauchenden Menschen deren

Konsum, motivieren Rauchende zum Rauchstopp, unterstützen ehemals Rauchende dabei, rauchfrei zu bleiben, und vor allem halten sie Jugendliche vom Einstieg ins Rauchen ab.⁴

In Deutschland ließ sich dieser Effekt bereits beobachten: Zwischen 2002 und 2005 wurde die Zigarettensteuer jährlich um 10 bis 16 Prozent erhöht. Dies führte infolge der Preisgestaltung der Hersteller zu einer jährlichen Steigerung des Zigarettenpreises um 7 bis 14 Prozent. Gegenläufig dazu fiel der Zigarettenkonsum in diesem Zeitraum von jährlich 145 auf 96 Milliarden Stück (Abbildung 2). Vor allem immer weniger Jugendliche fingen an zu rauchen: Der Anteil rauchender 12- bis 17-Jähriger sank von 28 Prozent im Jahr 2001 auf 20 Prozent im Jahr 2005.² Danach wurden die Tabaksteuern jeweils nur in so moderaten Schritten erhöht, dass eine gesundheitspolitisch relevante Wirkung auf das Konsumverhalten ausblieb.

Abbildung 2

Entwicklung des Zigarettenkonsums, der durchschnittlichen Zigarettensteuer und der Einnahmen aus der Zigarettensteuer von 2000 bis 2024⁶



3 **Jährliche Tabaksteuererhöhungen um 10 Prozent können in Deutschland viele Krebs- und Todesfälle verhindern**

8,5 Prozent der durch Rauchen bedingten Krebsneuerkrankungen bei Männern und 7,3 Prozent der durch Rauchen bedingten Krebsneuerkrankungen bei Frauen könnten in Deutschland über einen Zeitraum von 30 Jahren vermieden werden, wenn die Tabaksteuern über zehn Jahre hinweg jährlich um zehn Prozent erhöht würden.³ Entsprechend weniger teure Krebstherapien wären notwendig – eine beträchtliche Entlastung der Krankenkassen.

4 **Eine Präventionsabgabe kann die Gesundheitskassen entlasten**

Eine vom Hersteller zu entrichtende zweckgebundene Präventionsabgabe kann neue Einnahmen generieren, die gezielt für Maßnahmen zur Prävention des Konsums von Tabakerzeugnissen und verwandten Erzeugnissen verwendet werden können. Dazu gehören neben zielgruppenspezifischen, flächendeckenden Präventionsprogrammen im Lebensumfeld der verschiedenen Zielgruppen (unter anderem in Schulen und Vereinen) auch Maßnahmen zur Unterstützung des Rauch- und Konsumstopps. Zudem könnte über eine solche Abgabe eine noch einzurichtende unabhängige Koordinierungsstelle

finanziert werden. Diese Koordinierungsstelle sollte ein Konzept für die Verwendung der Gelder aus der Präventionsabgabe entwickeln und dessen Umsetzung überwachen.

Da die genannten Maßnahmen zur Senkung des Konsums von Tabak und verwandten Produkten beitragen, würden in der Folge die tabakbedingten Krankheitsfälle sinken, was die Gesundheitskassen entlastet.

5 **Steuererhöhungen sichern die Staatseinnahmen, ohne das Schmuggelaufkommen zu erhöhen**

Tabaksteuererhöhungen führen zu einem verringerten Konsum. Dieser Rückgang ist allerdings geringer als der Preisanstieg, sodass die Steuereinnahmen gleich bleiben oder sogar steigen.⁷ Dies ist auch in Deutschland zu beobachten (Abbildung 2).

Anders als von der Tabakindustrie behauptet, führen Tabaksteuererhöhungen nicht zu erhöhtem Schmuggelaufkommen. Das Schmuggelaufkommen steht nur gering mit dem Preis in Zusammenhang. Stattdessen spielen dabei andere Faktoren wie administrative Maßnahmen, beispielsweise eine wirksame Kontrolle der Lieferkette oder wirksame Maßnahmen gegen Schmuggel, und deren Umsetzung eine wichtige Rolle. Zudem ist das Schmuggelaufkommen zumeist geringer als von der Tabakindustrie angegeben.^{5,7}



Literatur

- 1 Blecher E (2020) Affordability of tobacco products: The case of cigarettes. Tobacco-economics White Paper, Tobacconomics, Health Policy Center, Institute for Health Research and Policy, University of Illinois at Chicago,
- 2 Deutsches Krebsforschungszentrum (2014) Tabaksteuererhöhungen und Rauchverhalten in Deutschland. Aus der Wissenschaft – für die Politik, Heidelberg
- 3 Gredner T, Niedermaier T, Brenner H, et al. (2020) Impact of tobacco control policies on smoking-related cancer incidence in Germany 2020 to 2050 – a simulation study. *Cancer Epidemiol Biomarkers Prev* 29: 1413–1422
- 4 International Agency for Research on Cancer (2011) Effectiveness of tax and price policies for tobacco control. Volume 14, IARC Handbooks of Cancer Prevention,
- 5 Ross H & Blecher E (2019) Illicit trade in tobacco products need not hinder tobacco tax policy reforms and increases. Tobacco-economics White Paper, Tobacconomics, Health Policy Center, Institute for Health Research and Policy, University of Illinois at Chicago,
- 6 Statistisches Bundesamt (2026) Versteuerung von Tabakwaren (Zigaretten, Zigarren/ Zigarillos): Deutschland, Jahre, Steuerzeichen. <https://www-genesis.destatis.de/datenbank/online/statistic/73411/table/73411-0001> (aufgerufen am 17. März 2026)
- 7 The Task Force on Fiscal Policy for Health (2019) Health taxes to save lives: Employing effective excise taxes on tobacco, alcohol, and sugary beverages.
- 8 World Health Organization (2021) WHO technical manual on the tobacco tax policy and administration.
- 9 Yeh CY, Schafferer C, Lee JM, et al. (2017) The effects of a rise in cigarette price on cigarette consumption, tobacco taxation revenues, and of smoking-related deaths in 28 EU countries – applying threshold regression modelling. *BMC Public Health* 17: 676

Impressum

© 2026 Deutsches Krebsforschungszentrum

Herausgeber: Deutsches Krebsforschungszentrum, Stabsstelle Krebsprävention und WHO-Kollaborationszentrum für Tabakkontrolle | Im Neuenheimer Feld 280 | 69120 Heidelberg

Zitiervorschlag: Deutsches Krebsforschungszentrum (2026) Preiserhöhungen für Tabakerzeugnisse und E-Zigaretten: Wirksame Maßnahme mit hoher Zustimmung der Bevölkerung. Policy Brief, Heidelberg

Gefördert durch: Bundesministerium für Gesundheit

Foto Seite 4: © Andrey Popov – stock.adobe.com (bearbeitet)

Gefördert durch:



Bundesministerium
für Gesundheit

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages



KINDER
OHNE
ALKOHOL
& NIKOTIN

Die Initiative
Kinder ohne Alkohol und Nikotin
unterstützt diesen Policy Brief.